

Sitzung Nr. 5 vom 04. Juni 2019

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Remo Bill Alexander Kaufmann Angela Kummer Daniel Hafner Robert Gerber Konrad Schleiss Reto Gasser Ivo von Büren Richard Aschberger Marc Willemin Fabian Affolter Matthias Meier-Moreno Peter Brotschi Nicole Hirt
Anwesend von Amtes wegen	Aquil Briggen, Stadtbaumeister Hubert Bläsi, Gesamtschulleiter Fabian Affolter, Präsident Jugendkommission Luzia Meister, Stadtschreiberin Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Ratssekretärin, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 20:15 Uhr

TRAKTANDEN (2498 - 2506)

- 1 Protokoll der Sitzung Nr. 4 vom 14. Mai 2019: GR Beschlüsse Nrn. 2484, 2488, 2493 (Genehmigung im Hinblick auf die Gemeindeversammlung vom 18. Juni 2019)
- 2 2498 SWG: Situationsanalyse und Erarbeitung Eignerstrategie
- 3 2499 Gestaltungsplan Südhang / Teilzonen- und Erschliessungsplan Südhang / Antrag zur öffentlichen Auflage
- 4 2500 Änderung des Gräber- und Grabmalreglements für den Friedhof Tannhof

- | | | |
|----|------|---|
| 5 | 2501 | Motion der Fraktion SP: Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 6 | 2502 | Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight sports 2018 |
| 7 | 2503 | Motion Peter Brotschi (CVP): Prüfungsauftrag zur Vergrösserung des Gemeinderats der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung |
| 8 | 2504 | Gemeindeordnung: Anpassung Geschäftsprüfungskommission (§ 42): 2. Lesung (Postulat Fraktion FDP: Rechnungsprüfungskommission - Funktionsüberprüfung) |
| 9 | 2505 | Interpellation Nicole Hirt (glp): Energiestadt Grenchen – Verdient sie dieses Label?: Einreichung |
| 10 | 2506 | Mitteilungen und Verschiedenes |

- o -

Genehmigung Traktandenliste:

Folgendes Traktandum wird von der Traktandenliste gestrichen:

5. *Schulen Grenchen/26.04.2019: Schulverwaltung, Vorkindergarten: Anpassung der Praktikumsstelle*

Das Geschäft ist noch nicht beschlussreif.

- o -

Die GR-Beschlüsse Nrn. 2484, 2488, 2493 der Sitzung Nr. 4 vom 14. Mai 2019 werden genehmigt.

- o -

SWG: Situationsanalyse und Erarbeitung Eignerstrategie

Vorlage: GRK/22.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger begrüsst sehr herzlich Prof. Dr. Andreas Binder und Bruno Heynen, Rechtsanwalt, vom Büro Binder Rechtsanwälte. Er will gar nicht mehr zu weit ausholen. Alle wissen, worum es geht. Es geht jetzt darum, endlich eine Eignerstrategie für SWG auszuarbeiten. In der Stadt Olten ist das auch das Thema. Dort hat man im 2018 eine Eignerstrategie entwickelt. Die Stadt Biel hat seine Werke im Jahr 2013 neu organisiert. Sie arbeitet auch mit einer Eignerstrategie mit einer vierjährigen Leistungsvereinbarung. Dadurch hat man eine gewisse Steuerungsmöglichkeit von Seiten der politischen Behörde. In einem weiteren Schritt geht es darum, auch Fragen der Corporate Governance zu klären, die im Raum stehen, vor allem im Gemeinderat (z.B. Ist der Verwaltungsrat richtig zusammengesetzt? Ist er richtig organisiert?). Man muss das Rad nicht neu erfinden, es gibt hier sehr gute Sachen. Die Gemeinderatskommission hat sich an zwei Sitzungen mit dem Geschäft befasst und die Projektorganisation, die jetzt beantragt wird, bereinigt.
- 1.2 Prof. Dr. Andreas Binder, Binder Rechtsanwälte KLG, stellt sich kurz vor und erläutert anhand einer Präsentation, wie betreffend Eignerstrategie vorgegangen werden soll, um die Situation zu analysieren und einen konkreten Vorschlag auszuarbeiten.

2 Eintreten

- 2.1 Laut Gemeinderat Reto Gasser ist es fast genau ein Jahr her (6. Juni 2018), dass man zusammengesessen ist und das Thema SWG traktandiert war. Damals ging es darum, über die Übertragung der nicht betriebsnotwendigen Grundstücke der SWG an die Stadt zu entscheiden. Dieses Thema schwebt immer noch latent über den Köpfen der GR-Mitglieder. Man konnte viel in den Medien lesen und es wurden Papiere und Mails verschickt. An der letzten Gemeinderatssitzung vom 14. Mai war die SWG wieder Thema. Bekanntlich sind sich der Verwaltungsrat und der Gemeinderat derzeit uneins über den Einfluss der Stadt als Eignerin über die Strategie. Es ist vielleicht auch darauf zurückzuführen, dass im Moment eine Eignerstrategie nicht vorhanden ist. Er könnte sich vorstellen, dass, wenn man so eine Eignerstrategie schon früher gehabt hätte, viele Reibereien gar nicht notwendig gewesen wäre, weil man sich immer auf die Eignerstrategie hätte beziehen können. Es geht also vor allem um die Einflussnahme auf der strategischen Ebene, sprich den Verwaltungsrat.

Jetzt geht es nicht darum, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben (das ist zur Genüge geschehen, da dreht man sich im Kreis, was passiert ist, ist passiert), sondern zu klären, wie die Stadt auf die SWG Einfluss zu nehmen hat und welche Eignerstrategie zukünftig verfolgt werden soll. Wichtig ist der Mittelfluss der SWG an die Eignerin, sei es in Form der Rückführung von Grundstücken oder von Geld, das man durch den Kauf von Grundstücken generiert hat. Wie positioniert sich die SWG allenfalls in der Privatwirtschaft als Marktplayer? Wie ist dann die Zuständigkeit bei strategischen und operativen Entscheiden? Für ihn ist klar, dass es jetzt nicht darum geht, Fragen der Corporate Governance anzuschauen. Er selbst sieht sich nicht in der Lage, die Fragen, die er gerade aufgeworfen hat, zu beantworten, aber das sind Fragen, die für die Zukunft der SWG von zentraler Bedeutung sind. Dass jetzt ein Gutachten die zentralen Fragen klären soll, macht Sinn. Sinn macht auch, dass das Gutachten durch Externe und vor allem auch auswärtige Spezialisten erstellt werden kann, die unbefangen ans Werk gehen können. Man hat in der Stadt und Umgebung auch gewisse Player, die meinen, dass sie sagen könnten, wie es gehen muss. Das hat man zur Genüge gehört, es kamen Gutachten von beiden Seiten. Es ist gut, dass man jetzt jemanden hat, der nicht verbandelt ist mit der Region, so wie Prof. Dr. Andreas Binder, der nicht allzu weit weg ist und dennoch mit einem Büro in Baden eine gewisse Distanz aufweist. Mitunter stellt sich dann auch noch die Frage, ob die heutige Rechtsform (die SWG ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt), die immer wieder zu Diskussionen Anlass gibt, überhaupt noch die geeignete Form ist, um sich in Zukunft den Aufgaben, die sich durch die Strommarktliberalisierung ergeben werden, zu stellen. Das Gutachten wird sich mit dieser Frage der Rechtsform zwar nicht auseinandersetzen, aber es wird eine Basis und eine Stützung liefern können, um die Rechtsform der SWG in Zukunft richtig zu planen und zu bestimmen. Er ist sich bewusst, dass immer wieder Stimmen laut werden, die eine radikale personelle Änderung bei der SWG fordern, sei dies auf der strategischen oder operativen Ebene. Die FDP-glp-Fraktion ist der Ansicht, dass jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt ist, um überstürzt zu handeln resp. mit dem Brechhammer dreinzuschlagen und personelle Änderungen zu fordern. Es wäre sicher nicht ideal, wenn man sich jetzt in überstürzte Aktionen begeben würde. Das ist nicht die Idee. Er hat in der Präsentation gelesen und auch noch dem Internet entnommen, dass die beiden Herren Binder und Heynen in diesem Bereich mit einem grossen Rucksack an Erfahrungsschatz ausgestattet sind. In diesem Sinne wird die FDP-glp mindestens grossmehrheitlich auf die Vorlage eintreten und den Anträgen zustimmen, damit man das Gutachten in Auftrag geben kann.

- 2.2 Gemeinderat Daniel Hafner bemerkt, dass sein Vorredner Reto Gasser eine ziemlich umfassende Zusammenfassung der Problematik geschildert. Die SP schliesst sich dem an. Er möchte Folgendes in den Raum stellen: Die SWG ist seit 20 Jahren selbständig am Markt unterwegs. Aus Sicht der SP-Fraktion macht sie das erfolgreich. Jetzt ist es so, dass die eine oder andere Strategie der SWG in der Stadt in den letzten Monaten oder sogar Jahren für Unruhe gesorgt hat. Die Politik hat das aufgenommen, es wurde diskutiert und darüber berichtet, man hat sich getroffen und konnte sich mehr oder weniger einigen bzw. nicht einigen. Reto Gasser hat bereits erwähnt, dass man sich ein wenig im Kreis bewegt. Für die SP-Fraktion ist es ein zentrales Anliegen, dass der Auftrag der Stadt an die Führung der SWG klar und eindeutig festgelegt wird, und zwar in der Form eines Strategiepapiers. Dann kann man der Diskussion und Unruhe, die in der Stadt und in der Bevölkerung - zum Teil zurecht oder zu unrecht - existiert, ein Ende setzen.

Dafür braucht es Fachkompetenz und eine gewisse Distanz zu den Playern, sprich zur Unternehmung und zum Gemeinderat als Behörde. Die SP ist der Meinung, dass das mit dem Vorschlag, der im Raum steht, gegeben ist. Deshalb unterstützt sie den Antrag zur Erarbeitung einer Eignerstrategie.

- 2.3 Um wieder Ruhe und Klarheit in der Zusammenarbeit zwischen der SWG und dem Gemeinderat zu erlangen, so Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, unterstützt die CVP-Fraktion das vorgeschlagene Vorgehen mittels Situationsanalyse und Eignerstrategie. Um ein positives Resultat zu erhalten, hinter welchen beide Seiten stehen können, braucht es eine sachlich kompetente Begleitung, die durch die Binder Rechtsanwälte klar gegeben ist. Denn diese haben bereits bei anderen öffentlichen Unternehmen erfolgreich Eignerstrategien mitentwickelt. Um das angesprochene positive Resultat zu erlangen, ist ihr eine ausgewogene Zusammensetzung der Arbeitsgruppe, in welcher eine konstruktive und zielführende Kommunikation möglich ist, eminent wichtig. Aus diesem Grund unterstützt die CVP-Fraktion die vorgeschlagene Personenwahl, welche neben dem Verwaltungsratspräsident SWG auch den Vizepräsidenten des Verwaltungsrats SWG vorsieht und nicht nur aus Politik und Verwaltung besteht. Bei der CVP kam noch die Frage auf, aus welchem Grund der Finanzverwalter und die Stadtschreiberin in der Arbeitsgruppe vertreten sind. Braucht es dazu beide? Eines jedoch muss klar sein, mit der Festlegung der Eignerstrategie, die der Stadt CHF 30'000.00 kostet, macht man einen ersten Schritt. Jegliche weitere Schritte sind mit zusätzlichen Kosten und Aufwand verbunden. Die CVP ist für Eintreten.
- 2.4 Laut Gemeinderat Richard Aschberger ist die SVP alles andere als glücklich mit der Vorlage und hatte dazu mehr als eine äusserst intensive Diskussion. Sie ist klar der Meinung, dass auch diese Analyse kaum etwas bringen wird ausser weiterem Zeitverlust. Wenn man schaut, wie lange man nun schon am Thema SWG arbeitet mit zig Vorstössen und auch zig Rechtsgutachten, die alle etwas anderes sagen, dann ist bei der SVP einfach Ende mit dem ewigen Hin und Her und Geld verbraten für weitere Gutachten, weitere Analysen usw. Es wäre ja noch halbwegs lustig, wenn man sich überlegt, dass das eine Rechtsgutachten der Gebührenzahler zahlt und das andere Gutachten der Steuerzahler. Einmal mehr müsste man der Gemeindeversammlung sagen „ja, wir sind am Arbeiten, aber es braucht noch mehr Zeit“, wie schon so oft und am Schluss hat der Berg wohl eine Maus geboren und wieder ist ein Jahr verstrichen und der Rückhalt der Bevölkerung zur SWG sinkt weiter. Der SVP macht auch wirklich Sorgen, dass je tiefer man gräbt, desto mehr kommt zum Vorschein (Thema allfällige Windparks im Emmental, Adieu 1.2 Millionen Franken). Das ist auch der Punkt, der das Fass bei der SVP zum Überlaufen gebracht hat. Nicht nur sie versteht so etwas nicht, auch die nicht so top informierte Bevölkerung kann das nicht mehr nachvollziehen, es wusste ja schlicht weg auch niemand davon und auch wenn das alles korrekt abgelaufen ist, das Problem ist das Vertrauen. Um das wiederherzustellen oder wenigstens schon mal zu stabilisieren, braucht es konkrete Massnahmen und zwar jetzt. Klar, Diversifizieren als solches ist nicht schlecht, aber irgendwann ist auch Schluss damit. Die Stadt Grenchen ist Eigentümerin eines Grundversorgers und damit hat es sich. Alleine durch die Monopolstellung verdient man sehr gut, dann muss man nicht noch weiter weg Risiken eingehen, so ist der Tenor bei der SVP-Fraktion. Lieber hätte man auch einmal spürbare Reduktionen bei den Tarifen/Anschlussgebühren, als für Experimente mitzuzahlen, wenn auch indirekt. In der SVP ging die Diskussion aber weiter, wie schon in den letzten Monaten.

Nun ist man so weit, dass das Vertrauen in die SWG als solches arg in Mitleidenschaft gezogen wurde und auch bei ihr die kritischen Stimmen bspw. zum Thema Windpark sehr gut hörbar geworden sind, denn auch hier ist es schlussendlich ein Projekt das überhaupt nur wegen Subventionen, sprich Einspeisevergütungen, profitabel wäre, falls jemals realisiert. Wäre heute die Abstimmung in der Parteiversammlung der SVP mit dem heutigen Wissen und dem massiv beschädigten Vertrauen in die SWG, würde es wohl keine Einstimmigkeit geben. Wie erwähnt, ist die SVP mit dem Vorgehen und der Vorlage nicht einverstanden und lehnt alle vorliegenden Anträge ab. Sie legt es der Geschäftsleitung und dem Verwaltungsrat nahe, sich einmal über die Personalpolitik zu beugen und sich zu fragen ob alle Personen noch im richtigen Sessel sind oder ob man zur Vertrauensstärkung bei der Bevölkerung Massnahmen ergreifen soll, die nicht nur aus Papiertigern bestehen.

- 2.5 Gemeinderätin Nicole Hirt stimmt Reto Gasser zu, wenn er sagt, dass man die Fragen nicht beantworten kann und hier Profis ran müssen. Nicht jede Frage kann abschliessend beantwortet werden, aber eine Analyse mit dem jetzigen Verwaltungsrat ist von ihr ausgesehen absolut nicht nötig. Das bringt nichts. Man ist zerstritten, das Vertrauen ist zerbrochen. Wenn man den Verwaltungsrat miteinbezieht und die Analyse macht, kommt dort genau gar nichts raus. Das hat nichts mit dem ausgewählten Büro zu tun. Sollte der Verwaltungsrat dereinst ausgewechselt worden sein, kann sie wahrscheinlich sogar hinter so einer Analyse stehen. Es wird erwähnt, dass eine Eignerstrategie nie verabschiedet wurde. Das ist ja klar, in einem Land resp. einer Stadt, wo mit der SWG jahrelang Milch und Honig geflossen ist, brauchte es auch keine solche Eignerstrategie. Nun, nach all den Vorfällen und ist das Vertrauen in die Führung und in den Verwaltungsrat einfach weg, es ist abhandengekommen. Deswegen müsste man wohl diese Frage stellen? Erfüllt der Verwaltungsrat noch seine Pflicht oder sogar noch präziser: Ist ein Verwaltungsrat noch tragbar, der ein Projekt im Kanton Bern gutgeheissen hat und damit 1.2 Mio. Franken verloren hat? Notabene aus Geldern, welche die Menschen im Versorgungsgebiet durch ihre Gebühren finanzieren. Sie findet, dass das nicht geht. Das Geschäftsgebaren wäre bewundernswert, wenn es sich bei der SWG um eine privatrechtliche Firma handeln würde, deren einziges Ziel Gewinnoptimierung darstellt. Die aktuellen Verwaltungsräte verkennen, dass die SWG über Gebühren finanziert wird. Auch wenn der Verwaltungsrat und der CEO nichts tun würden, würde durch die Monopolstellung Geld in die Kasse fliessen. Diese Vorlage ist nichts anderes als der Versuch, das Versprechen, das der Bevölkerung an der Gemeindeversammlung gegeben wurde, einzulösen. An der kommenden Gemeindeversammlung kann so mit gutem Gewissen gesagt werden, dass man daran ist. Mit dieser Analyse gibt die Stadt CHF 30'000.00 aus - man hat gehört, dass es eventuell noch mehr werden könnten, je nachdem wie viele Sitzungen und Gespräche es braucht - die nichts anderes bewirken als mehr Kosten und vor allem das Binden von zeitlichen Ressourcen aller Beteiligten, so dass man das Problem wirklich nicht löst. Der Stadtpräsident gleichzeitig Verwaltungsratspräsident der SWG betont immer wieder, dass der Gemeinderat nun sagen müsse, was er wolle. Nun, das hat er schon lange gemacht. Man will Transparenz in Form von uneingeschränkter Rechnungseinsicht analog der Rechnung der Stadt Grenchen. Wenn das so gewesen wäre, hätte man nicht aus den Medien erfahren müssen, dass die SWG 1.2 Mio. Franken für Windmessungen im Kanton Bern in den Sand gesetzt haben. Zudem soll sich die SWG von Panaiia & Crausaz trennen, wie es die Motion Remo Bill fordert, denn die Übernahme einer Baufirma hat nichts mit dem Auftrag der Energieversorgung zu tun. Das alleine muss im Fokus der SWG sein. Aus den erwähnten Gründen wird die glp den Anträgen nicht zustimmen.

- 2.6 Reto Gasser bezieht sich auf das Votum von Nicole Hirt, wonach sie die Expertise bzw. das Gutachten nicht mit dem jetzigen Verwaltungsrat machen will.
- 2.6.1 François Scheidegger korrigiert Reto Gasser. Es geht nicht um eine Expertise oder ein Gutachten, sondern um ein Strategiepapier.
- 2.6.2 Reto Gasser macht Nicole Hirt darauf aufmerksam, dass in der Beilage zur Vorlage unter Ziff. 5 „Projektorganisation“ steht, dass die Gemeinderatskommission die Steuerungsgruppe und der Gemeinderat der Auftraggeber ist. Dann gibt es noch die Arbeitsgruppe. Als einziger Verwaltungsrat, der rein Verwaltungsrat ist, ist Silvio Bertini, Vizepräsident des Verwaltungsrates der SWG drin. Über ihn kann man noch diskutieren. Wäre sie dann einverstanden, wenn man ihn nicht drin hätte? Andererseits ist das einer von sieben Leuten. Die Bemerkung, dass Nicole Hirt die Eignerstrategie nicht mit dem jetzigen Verwaltungsrat machen will, verkennt die Realität und den Auftrag. Sie unterstellt auch, dass man nur jetzt etwas machen wolle, damit man gegenüber der GV sagen könne, dass man dran sei. Sie muss aber eines bedenken: Wenn man nichts macht, dreht man sich auch in einem Jahr noch im Kreis und lässt sich weiterhin von wem auch immer an der Nase führen. Wenn man jetzt vorwärts macht, hat man das Strategiepapier und die Grundlagen, um weitere Schritte zu planen. Abschliessend kann er festhalten, dass Nicole Hirt nicht sehr konkret darüber wurde, was sie machen will. Viel mehr als den Vorschlag, die Firma Panaiia & Crausaz in einer Hauruck-Aktion zu verkaufen, hat er nicht gehört.
- 2.7 Laut Daniel Hafner ist immer von einem enorm zerrütteten Vertrauensverhältnis zwischen dem Gemeinderat und der Firma SWG die Rede. Bislang sind ausser Mutmassungen keine nachgewiesenen Verfehlungen ans Licht gekommen. Die Geschichte mit den Investitionen im Emmental hat man an der letzten Gemeinderatssitzung erläutert und erklärt, dass man im Sinne eines Synergiegeschäfts zum bestehenden Windparkprojekt dort versucht hat, Investitionen zu tätigen, die letztlich, wenn es erfolgreich gewesen wäre, zum Nutzen der Firma gewesen wären. Die Firma ist frei am Markt und muss Investitionen tätigen. Das ist immer mit einem Risiko verbunden. Er versteht immer noch nicht, was das zerrüttete Vertrauensverhältnis soll. Aus seiner Sicht ist dort keine Grundlage vorhanden. Er gibt Reto Gasser absolut Recht, wenn er sagt, dass es jetzt darum geht, aus dem ewigen Zirkel herauszukommen und aus neutraler und kompetenter Sicht ein Strategiepapier zu ermitteln, das einen weiterbringt. Die Voten der SVP und glp helfen überhaupt nicht weiter.
- 2.8 Gemeinderat Robert Gerber gefällt die Situation, wie sie sich jetzt präsentiert, ganz und gar nicht. Jetzt geht es zuerst einmal darum, einen Schritt vorwärts zu gehen. Es ist kein gutes Zeichen, wenn man hier als gespaltener Gemeinderat auftritt, sondern man ist Exekutive – das sollte man sich bewusst werden - und sollte als solche auftreten. Was macht das für einen Eindruck gegenüber der SWG und dem Verwaltungsrat SWG, den man nicht mehr möchte, wenn zwei Drittel dafür sind und ein Drittel dagegen ist. Jetzt soll man einmal eine Front bilden, was am Schluss gar nicht so einfach ist. Man hat auch nicht vor, irgendetwas zu machen. Hier liegt ein konkreter Vorschlag vor. Er ersucht die Kollegen, die sich noch nicht dazu haben durchringen können, den ersten Schritt zu machen, nochmals über die Bücher zu gehen, und beantragt einen Sitzungsunterbruch.
- 2.9 François Scheidegger ist äusserst erstaunt. Jetzt geht es genau darum, diese Fragen zu klären. Es geht darum, nicht mehr mit Rechtsgutachten arbeiten zu müssen, sondern Klarheit zu schaffen, wer hier was zu sagen hat.

Er wartet seit einem Jahr auf Vorschläge des Gemeinderates mit konkreten Massnahmen. Bis jetzt hat er gar nichts gehört. Es gab keinen Vorstoss. Den jetzigen Verwaltungsrat hat der Gemeinderat auf vier Jahre gewählt - das Gutachten von Reto Gasser haben alle erhalten - den kann man nicht einfach absetzen. So geht es nicht. Man muss jetzt wirklich etwas machen und einen Schritt vorwärts gehen. Dass man keine Eignerstrategie hat, ist wirklich ein Manko. Auch wenn man die Streitigkeiten nicht hätte, müsste man eine Eignerstrategie ausarbeiten.

- 2.10 Prof. Dr. Andreas Binder spricht jetzt nicht als Rechtsanwalt und potentieller Mandatierter, sondern als Unidozent, weil es eine Frage der Methodik ist. Wenn man über solche Führungs- und Aufsichtsthemen diskutiert, gibt es typischerweise unterschiedliche Meinungen. Manchmal sind die noch stärker unterschiedlich, wie es hier offenbar der Fall ist und wo sich das über längere Zeit entwickelt hat. Manchmal sind sie etwas weniger unterschiedlich. Dass sie unterschiedlich sind, liegt in der Natur der Sache. Die Idee des Ganzen ist, dass man es zusammen erarbeitet. Bruno Heynen und er schreiben kein Gutachten, sondern man wird zusammen mit dem Gemeinderat eine Eignerstrategie entwickeln, die der Gemeinderat nachher unterschreibt. Dort ist festgehalten, was der Gemeinderat mit der SWG machen will. Das ist ein Prozess. Bruno Heynen und er helfen diesen Prozess mit ihren Erfahrungen zu moderieren. Sie kommen natürlich mit konkreten Vorschlägen zur Eignerstrategie. Dort, wo sie merken, dass es umstritten ist, kommen sie vielleicht mit Alternativen, damit der Gemeinderat etwas hat, um sich damit auseinanderzusetzen und darüber zu diskutieren. Am Ende des Prozesses sollte man ein Grundverständnis haben, was das Unternehmen soll und was die Rollenteilung der einzelnen Personen und Gremien ist. Bruno Heynen und er möchten den Gemeinderat gerne auf dem Prozess begleiten. Am Ende werden nicht alle alles gleich toll finden. Das glaubt er nicht, nachdem er die verschiedenen Voten gehört hat. Seine Hoffnung ist - und das hat er eigentlich immer erreicht - dass die GR-Mitglieder ein gemeinsames Grundverständnis haben, zu dem sie sich grossmehrheitlich bekennen können.

Der Antrag auf Sitzungsunterbruch wird mit 14 Stimmen, 1 Enthaltung, gutgeheissen.

- 2.11 Robert Gerber verkündet, dass sich etwas ergeben hat. Man könnte jetzt zur Detailberatung übergehen, wo dann einzelne Anträge kommen werden. Mit einer Ausnahme werden alle an einem Strick ziehen und sogar in die gleiche Richtung.
- 2.12 Was man jetzt durchmacht, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, ist hausgemacht. Das ist der erste Punkt. Die Exponenten sind wenige Leute aus der Bevölkerung. Man spricht immer von der Kritik aus der Bevölkerung. Wenn die Meinung der Bevölkerung wäre, dass die SWG nicht gut ist, wäre dieser Ratssaal voll. Alle wissen genau, wer die wenigen Exponenten sind, die an der Gemeindeversammlung aufgestanden sind und die kritischen Fragen gestellt haben. Der Gemeinderat hat unprofessionell gehandelt und wurde sofort nervös. Jetzt hat sich das so ergeben, wie es jetzt ist. Nun steht man vor dem Scherbenhaufen. Der Gemeinderat streitet sich mit der SWG, die seit Jahren gute Zahlen liefert. Sie hatte ihre Strategie. Vielleicht hat man ihr zu wenig auf die Finger geschaut. Jetzt plötzlich kommt man durch die Kritik von wenigen Leuten in so eine Situation hinein. Er kann das nicht verstehen. Man spielt den Windparkgegnern - er nennt das Kind jetzt einmal beim Namen - so in die Karten. Genau darum geht es. Was die Herren Binder und Heynen hier präsentieren, findet er eine gute Sache. Das muss man so oder so machen. Das wird er auch unterstützen. Dann gewinnt der Gemeinderat auch wieder an Gewicht und Bedeutung.

Es ist nämlich eine hausgemachte Sache. Die Windparkgegner lachen, weil sich der Gemeinderat, was die SWG betrifft, selbst zerfleischt. Das ist seine persönliche Meinung.

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Matthias Meier-Moreno erkundigt sich betreffend Ziff. 5 „Projektorganisation“, warum der Finanzverwalter und die Stadtschreiberin in der Arbeitsgruppe sind.

3.1.1 Nach Auffassung von François Scheidegger ist es sehr wichtig, dass der Finanzverwalter mit an Bord ist. Es geht hier auch um Fragen der Abgeltungen. Wie viel soll die SWG an die Stadt abliefern und unter welchem Titel? Der Konzessionsertrag muss ohnehin noch in diesem Jahr angeschaut werden, das Geschäft kommt im Dezember 2019 in die Gemeindeversammlung. Es gibt noch andere Fragen im Zusammenhang mit der STAF. Dort war ja vorgesehen, solche Unternehmen zu besteuern. Vielleicht gibt es auch noch weitere Fragen zur richtigen Rechtsform. Das muss man sicher anschauen im Zusammenhang mit dem Windpark. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn der Finanzverwalter auch dabei wäre. Die Stadtschreiberin wäre primär dort als Rechtsdienst. Die Stadtschreiberin hat ohnehin beratende Stimme zu allen Geschäften, gleich wie der Finanzverwalter.

3.1.2 Wenn man, so Stadtschreiberin Luzia Meister, eine Eignerstrategie entwickelt, ist der zweite Schritt, dass man das umsetzt in Statutenänderungen, Anpassungen des Konzessionsvertrags etc. Sie kann von den Herren Binder und Heynen etwas lernen. Wenn sie nur das Resultat hört und nicht weiss, was die Überlegungen sind, wird es relativ mühsam und schwieriger. Wenn sie dabei sein und es mitverfolgen kann, ist es tausendfach einfacher.

3.2 Richard Aschberger stellt namens der SVP-Fraktion fest: Man will und muss eine Eignerstrategie erarbeiten. Das ist gar nicht zur Debatte gestanden. Die SVP hat einfach das Vorgehen gestört. Jetzt wurde die Diskussion eingehend geführt und ein kurzes Time-Out abgehalten. Es gab auch diverse Stimmen, die kritisch waren und eine transparenter Rechnung der SWG etc. fordern. Aber wie bereits erwähnt, die SVP steht voll und ganz hinter der Eignerstrategie. Die muss erarbeitet werden. Die SVP hat aber einen Antrag zur Zusammensetzung der Arbeitsgruppe (s. Ziff. 5 „Projektorganisation“). Silvio Bertini, Vizepräsident des Verwaltungsrates der SWG, soll aus der Arbeitsgruppe gestrichen werden. François Scheidegger hat bereits die Funktion Verwaltungsratspräsident inne, das reicht der SVP in der Arbeitsgruppe.

3.2.1 François Scheidegger bittet zu bedenken, dass er zwei Hüte an hat. Er vertritt primär im Verwaltungsrat den Gemeinderat. Gleich wie man jetzt den Vize-Stadtpräsidenten Remo Bill drin hat, wollte man auch den Vize-Verwaltungsratspräsident SWG dabei haben, im Sinne eines Bindeglieds zum Verwaltungsrat SWG und aus psychologischen Gründen. Abgesehen davon bringt Silvio Bertini sehr viel Fachwissen mit. Man verzichtet auf sehr viel Know-how, das der Sache nur dienen kann. Die Arbeitsgruppe begleitet den Prozess nur und führt die Vorbereitungsarbeiten durch zuhanden der Steuerungsgruppe GRK und Gemeinderat. Sie hat null Entscheidkompetenz.

3.2.2 Alexander Kaufmann macht beliebt, Silvio Bertini drin zu lassen, er hat Hintergrundinformationen und ist seit längerer Zeit dabei. Er macht als VR-Vize einen guten Job.

Silvio Bertini war auch am 26. Februar 2019 im Gemeinderat und hat über die Strategie SWG und aktuelle Themen referiert. Es gab damals auch eine Fragerunde. Er möchte festhalten, dass damals keine einzige Frage gestellt wurde.

- 3.2.3 Was spricht dagegen, so Nicole Hirt, dass sich der Stadtpräsident aus der Arbeitsgruppe zurückzieht?
- 3.2.4 Reto Gasser erschliesst sich nicht, nach welchem Schema hier vorgegangen wird. Auf der einen Seite soll VR-Vize Silvio Bertini, auf der anderen Seite der Stadtpräsident gestrichen werden. Wahrscheinlich hat man das Gefühl, dass die Arbeitsgruppe zu verwaltungsrats-lastig ist. Er gibt aber zu bedenken, dass der Verwaltungsrat SWG gemäss Meilensteinplanung dennoch konsultiert wird. Deshalb sollte man es sich wirklich nochmals überlegen, ob man Silvio Bertini streichen soll. Er weiss, dass einige gesagt haben, dass sie nur mitmachen, wenn die Arbeitsgruppe anders aussieht. Es hat aber keine Systematik.
- 3.2.5 François Scheidegger betont, dass seine Funktion vor allem koordinativ ist. Silvio Bertini ist seit 2009 im Verwaltungsrat und dort für die Bereiche Strategie und Finanzen zuständig.
- 3.2.6 Laut Prof. Dr. Andreas Binder ist grundsätzlich nicht in Stein gemeisselt, was in einer Eignerstrategie oder einer Unternehmensstrategie steht. Das sind überlappende Strategien. Wichtig ist, dass man hier einen Grundkonsens und ein Grundverständnis hat. Was man oft sieht, ist, dass Eigentümer mit der Eignerstrategie auch noch die Unternehmensstrategie festlegen wollen und viel zu tief hineingehen. Man sieht zum Teil auch das Umgekehrte. Bruno Heynen und er empfehlen, dass beide Gremien vertreten sind. Genau an diesen Schnittstellen wird es Reibungen geben. Das kann man diese diskutieren. Grundsätzlich kann man sicher sagen, dass es immer gewisse Überlappungen gibt. Das muss man auch als Verwaltungsrat akzeptieren und umgekehrt. Aber in den Grundsätzen muss man einen Konsens haben, sonst muss man sich trennen. Das findet man besser heraus, wenn beide Gremien am Tisch vertreten sind, als wenn nur ein Gremium vertreten ist.

Der Antrag, Silvio Bertini aus der Arbeitsgruppe zu streichen, wird mit 7 : 7 Stimmen, bei 1 Enthaltung, mit Stichentscheid des Stadtpräsidenten, abgelehnt.

- 3.3 Konrad Schleiss hat noch eine Frage zu Ziff. 7 „Honorar“. Was versteht man unter einer Kostenschätzung? Ist das ein Kostendach oder gibt es eine Stundenabrechnungen?
- 3.3.1 François Scheidegger erklärt, dass es als Kostendach gedacht ist. Es kommt natürlich schon auf den Aufwand an. Die Erwartung der Stadt an die Projektleitung ist, dass sie, wenn sie sieht, dass das Kostendach nicht eingehalten werden kann (infolge Zusatzaufwand wegen Mehrsitzungen etc.), dies der Stadt kommuniziert.
- 3.3.2 Wenn man, so Prof. Dr. Andreas Binder, den Prozess so durchführen kann, wie er angedacht ist, ist es ein Kostendach (pauschal). Wenn er und Bruno Heynen ineffizient sind, ist das ihr Problem. Wenn man wesentlich mehr Sitzungen hat, weil der Dissens grösser ist, ist es nicht mehr als fair, dass man das anmelden kann. Dann würde er aber vor allem schauen, wie man sich organisieren muss, damit es trotzdem möglichst effizient ist. Ihr Ziel ist, mit dem Gemeinderat eine gute Arbeit zu erledigen, so dass er nachher sagen kann, dass er zufrieden ist.

- 3.4 Reto Gasser richtet nochmals einen letzten Appell an diejenigen, die denken, dass sie das Projekt doch noch abschiessen wollen, weil es doch nicht so gegangen ist, wie sie gedacht haben: Der Gemeinderat ist die Exekutive. Man ist nur gestärkt, wenn man geschlossen auftritt. Was für ein Signal sendet der Gemeinderat dem Verwaltungsrat SWG und der operative Leitung SWG aus, wenn er nicht homogen auftritt, sondern Entscheide mit einem 2:3- oder 8:7-Verhältnis trifft. Dann denken sich diese doch, dass der Gemeinderat selbst nicht weiss, was er will, man ihn beeinflussen und Stimmenfängerei betreiben kann. Die GR-Mitglieder sollen sich nochmals gut überlegen, was sie abstimmen.
- 3.4.1 Richard Aschberger lässt das Wort mit der Stimmenfängerei nicht gelten. Die SVP hält daran fest, dass eine Eignerstrategie erarbeitet werden muss. Man hätte es schon vor Jahren tun sollen. Er nimmt sich hier nicht aus. Der Gemeinderat hat es schlichtweg verschlafen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, das umzusetzen. Die SVP kritisierte das Vorgehen. Sie hat vorhin Hand geboten, ihr Antrag ist nicht durchgekommen, wenn auch nur knapp mit Stichentscheid. Sie ändert ihre Meinung nicht.
- 3.4.2 François Scheidegger erinnert daran, dass alle hier im Saal Demokraten sind und das selbstverständlich akzeptieren. Danke für die mahnenden Worte. Bis jetzt ist der Gemeinderat in dieser Frage ja geschlossen aufgetreten und das braucht es weiterhin.

Es ergeht mit 10 : 5 Stimmen folgender

- 4 Beschluss
- 4.1 Dem Vorgehen zur Erarbeitung einer aktuellen Eignerstrategie wird zugestimmt.
- 4.2 Es wird ein Nachtragskredit von CHF 30'000.00 für die Fachberatung durch *Binder Rechtsanwälte KLG* genehmigt.

Vollzug: AGr

SWG
FV
RD

8.7.0 / acs

Gestaltungsplan Südhang / Teilzonen- und Erschliessungsplan Südhang / Antrag zur öffentlichen Auflage

Vorlage: BAPLUKB 26/20.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage zusammen und gibt ergänzende Erläuterungen.

2 Eintreten

2.1 Wie Vize-Stadtpräsident Remo Bill ausführt, beabsichtigt der Grundeigentümer das bauliche Potenzial des Areals mit hoher Qualität zu nutzen. Er hat deshalb mit drei ausgewiesenen Architekturbüros eine Ideenkonkurrenz durchgeführt. Ein vorbildliches Vorgehen von einer privaten Bauherrschaft.

Zum Überbauungskonzept:

Die Dimension, Baumassen und Formensprache wurden so gewählt, dass die Neubauten wie Findlinge im Terrain stehen. Die Überbauung entspricht in hohem Masse den raumplanerischen Entwicklungsabsichten nach qualitativer und quantitativer Entwicklung nach innen, wie es das revidierte Raumplanungsgesetz fordert und das Leitbild 2040 von Grenchen und der Kompass zum Wohnen postulieren. Der kantonale Richtplan definiert die Ziele zur Siedlungsqualität: Siedlungen sollen wohnlich, vielfältig und naturnah gestaltet sein. Das Vorgehen und das Resultat ist ein gutes Beispiel, wie die Ziele des Richtplans und des Leitbildes 2040 der Stadt umgesetzt werden können. Darüber hinaus kann darauf hingewiesen werden, dass die vorliegende Überbauung den kleinstmöglichen Eingriff in die Landschaft und den Waldabstand darstellt. Auch aus diesem Grund wurde dieses Projekt im Studienauftrag ausgewählt.

Zur Freiraumgestaltung:

Bei der Aussenraumgestaltung wird auf ein harmonisches Zusammenspiel zwischen der Juraschutzzone, dem Wald, den Neubauten und dem Freiraum geachtet. Die natürliche Topographie und der Wald prägen den Freiraum. Der Hang wurde bewusst „unberührt“ belassen, weshalb arealintern keine Fusswege vorgesehen werden. Das Einfamilienhaus wird über die Garage und die beiden nördlichen Wohnbauten ausschliesslich über den Altweg erschlossen. Die Bepflanzung des Hangs in Form einer naturnahen Wiese wird belassen und durch einheimische Bäume und Sträucher ergänzt.

Die privaten Aussenräume befinden sich als eingezogene Loggien in den Gebäudevolumen. Dank dem sensiblen Umgang mit dem Terrain gliedert sich die Überbauung nahtlos in das Gelände ein. Die den Findlingen angelehnte Architektursprache führt zu einem hohen Wiedererkennungswert.

Die SP-Fraktion wird dem Gestaltungsplan „Südhang“ und dem Teilzonen- und Erschliessungsplan zustimmen.

- 2.2 Wie Gemeinderat Marc Willemin ausführt, hat sich die SVP-Fraktion mit der Vorlage beschäftigt. Die Stimmen der BAPLUK sind auch klar rübergekommen. Sie wird dem Gestaltungsplan „Südhang“ mit Sonderbauvorschriften sowie dem Teilzonen- und Erschliessungsplan „Südhang“ einstimmig zustimmen.
- 2.3 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno hat die CVP-Fraktion sehr ausgiebig und lange über den Gestaltungsplan Südhang diskutiert. Zu diskutieren gab vor allem der verringerte Waldabstand, welcher von 20m auf 10m reduziert werden soll. Ihr ist schleierhaft, wie der Kanton ein festgeschriebenes Gesetz einfach so umgehen respektive den Waldabstand verkleinern kann. Dies führte sie auch zur Frage, ob es in Grenchen weitere Bauparzellen am Waldrand gibt, bei welchen mit solchen Ausnahmeregelungen gerechnet werden muss. Selbstverständlich sieht sie auch, dass bereits die Hanglage eine sinnvolle Bebauung sehr schwierig macht und mit dem Waldabstand von 20m dies sozusagen verunmöglicht. Dies führt zu einer weiteren Frage, wieso diese Parzelle, die bei einem Blick auf Google Maps als Ausläufer vom Wald war genommen wird, überhaupt je als Bauland klassifiziert wurde. Eines jedoch muss die CVP löblich anerkennen, die Grundstückbesitzer haben keine Kosten und Mühen gescheut und von sich aus einen Ideenwettbewerb mit drei Architekturbüros durchgeführt. Dies mit dem Ziel, qualitativ hochwertigen Wohnraum zu schaffen, was ihnen mit dem Siegerprojekt gelungen ist. Weiter ist auch die öffentliche Mitwirkung zu erwähnen, welche sie durchgeführt haben. Mit den drei Baukuben erreicht man auf einer schwierig zu bebauenden Fläche eine qualitative Verdichtung innerhalb des Quartiers und bietet exklusives Wohnen direkt am Waldrand an. Dies wiederum passt bestens zu Leben & Wohnen, welche das qualitative Wachstum fördern und neue Bewohner nach Grenchen bringen soll. Die CVP ist für Eintreten.
- 2.4 Wenn man, so Gemeinderat Konrad Schleiss, Präsident BAPLUK, die Form der Parzelle anschaut und rechts die grosse Waldfläche sieht, erkennt man, was für eine Auflage auf die Landeigentümer zugekommen ist. In der BAPLUK wurde die Frage intensiv diskutiert und man kam zum Schluss, dass hier vorbildlich nach Lösungen gesucht wurde. Man hatte nicht das Verhindern im Vordergrund, sondern hat sich gefragt, wie man auf einer so schwierigen Parzelle schönen und wertvollen Wohnraum umsetzen kann. Entsprechend hatte man Freude, dass die Landeigentümer bereit waren, in die Tasche zu greifen, um einen Studienwettbewerb durchzuführen und in der Landschaft möglichst wenig zu verändern, also keinen grossen Riegel vor den Wald zu setzen, sondern drei Baukuben schön in die Landschaft zu pflanzen. Die BAPLUK und die FDP-Fraktion haben es als sehr schönes Projekt angeschaut. Es geht im Moment nicht um die Baubewilligung, sondern um den Gestaltungsplan, der nachher zum Kanton geht. Der Planungsprozess ist noch nicht abgeschlossen, aber die FDP findet, dass es bis hierhin sehr gelungen ist, und unterstützt das Vorgehen.
- 2.5 Gemeinderat Peter Brotschi hält fest, dass die Bauherrschaft sehr gut vorgegangen ist. Er hat es ihr vor der Sitzung persönlich gesagt. Auch das Anliegen, das Grundstück optimal und nicht überoptimal auszunutzen, begrüsst er sehr.

Aus Sicht der obersten Planungsbehörde, also dem Gemeinderat, wird das Projekt als gelungen bezeichnet, es gibt auch einen Mehrwert für das Wohnen in der Stadt. Es gibt natürlich auch die andere Sicht, nämlich die der Natur, die in aller Regel nicht so viele Fürsprecher hat. Das zeigt sich betreffend Biodiversität in der Schweiz, wo sie sehr schlecht abschneidet. Waldränder sind sehr wertvoll für Biodiversität. 10m Waldabstand sind wirklich sehr wenig. Er hat das eidgenössische Waldgesetz noch durchgelesen. Dort ist u.a. erwähnt, dass Bäume 20m, 30m hoch werden. Da sind 10m nicht mehr so weit weg. Das Problem liegt nicht nur bei den Gefahren, sondern in der Tatsache – das zeigen Erfahrungen andernorts im Kanton – dass solche Waldränder zum Teil fast ein wenig übernutzt werden, Das ist hier vorbildlich nicht der Fall. Die Stadt Grenchen hat mit der Voranfrage an die kantonalen Stellen korrekt gehandelt. Offenbar ist es nicht ein Einzelfall, so dass das Amt für Raumplanung die Unterschreitung des Waldabstands zulässt. Das hat er auch mit anderen Forstkreisen im Kanton angeschaut. Das ist aber nicht das Thema. Das muss dann der Kantonsrat genauer anschauen. Hier hat die Baudirektion rechtlich korrekt gehandelt. Als Gemeinderat hätte er sich gewünscht, dass man schon im 2016 mit der Frage gekommen wäre, ob man den Waldabstand auf 10m reduzieren will. Jetzt wurden die Planungen gemacht. Er findet es wirklich ein gutes Projekt, aber man kommt schon ein wenig in Zugzwang, so dass er nicht mehr ganz objektiv in dieser Frage urteilen kann. Wenn so grundlegende Entscheide gefällt werden müssen, sollte man vorher in den Gemeinderat kommen. Man sollte es vorher mit den kantonalen Stellen abklären und dann informieren, dass das Projekt in Planung geht und man gerne auf 10m reduzieren möchte. Gestützt auf die Voranfrage beim Kanton wurde sehr viel Arbeit geleistet und das nimmt jetzt seinen Lauf. Der Grund für das ungute Gefühl liegt viel weiter zurück, da kann überhaupt niemand in diesem Raum etwas dafür. Wenn man die zwei Parzellen anschaut, fragt man sich wirklich, warum sie überhaupt eingezont wurden, wenn schon damals bekannt war, dass man mit dem 20m eigentlich nichts anfangen kann. Er will dem Bauprojekt nicht entgegenstehen, er weiss, dass sich die Bauherrschaft sehr viel Mühe gegeben hat. Auf der anderen Seite liegt ihm auch der Waldrand am Herzen. Er wird sich persönlich der Stimme enthalten.

- 2.6 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt hat man heute schon mehrfach gehört, dass das Projekt, wenn man es so anschaut, zu würdigen ist. Es sieht auch super aus. Aber man hat ein paar Sachen nicht berücksichtigt und das findet sie schade. Die zwei Parzellen wurden angeblich in der letzten Ortsplanungszone eingezont. Das ist für sie absolut unverständlich. In der Vorlage ist ein Regierungsratsbeschluss zitiert, den sie heute mitgenommen hat. Sie hat ihn heute von der Staatskanzlei erhalten. Sie hat ihn durchgelesen und nichts Diesbezügliches gefunden, aber vielleicht versteht sie es auch einfach nicht. Weiter ist in den Erwägungen zu lesen, dass keine Präjudizen geschaffen würden. Eben dies passiert mit der Reduktion des Waldabstandes. Im Raumplanungsbericht wurde keine wirkliche Interessenabwägung zum Unterschreiten des gesetzlichen Waldabstandes vorgenommen. Es wird erwähnt, dass das revidierte RPG eine Verdichtung nach innen anstrebe. Dies ist hier absolut nicht der Fall. Im Gegenteil: Hier wird auf Kosten des Waldes am Siedlungsrand ausgebaut, es findet also eine Zersiedelung statt. Das ist nicht bewilligungsfähig. Ihr ist bewusst, dass man noch nicht so weit ist, aber sie möchte es einfach gesagt haben. Das Parkregime mit einem Parkplatz ist äusserst knapp bemessen. Gerade an dieser Lage. Sie weiss, dass es den Vorschriften entspricht. Zusätzlich werden es qualitativ hochstehende Wohnungen werden, bei denen man davon ausgehen kann, dass pro Wohnung mehr als ein Auto in Frage kommen wird.

Nur zwei zusätzliche Parkfelder vor der Liegenschaft 41/41c werden vom Grundeigentümer zur Verfügung gestellt. Diese Parkplätze befinden sich mehr als 50m von den Baufeldern A und B entfernt. Das führt zu einem Verkehrschaos an diesem engen und in den Wald führenden Strässchen. Von den Besuchern will sie gar nicht erst sprechen, die dann irgendwo im Quartier wild parkieren. Aus all den erwähnten Gründen muss das Projekt aus Sicht der glp redimensioniert werden. Sie lehnt deshalb alle Anträge ab.

- 2.5 Stadtpräsident François Scheidegger betont, dass die Unterschreitung des Waldabstands nur partiell ist.
- 2.6 Aquil Briggen kann nicht sagen, ob es noch ähnliche Flächen in Grenchen gibt. Das müsste er abklären. Es ist keine Frage des Präjudizes. § 141 BPG sieht die Möglichkeit der Reduzierung des Waldabstands explizit aus Gründen der Raumplanung vor. Es handelt sich um eine Ausnahmegewilligung. Das trifft auch im vorliegenden Fall zu. Es gab auch schon solche Fälle in anderen Gemeinden. Die Frage, warum es eingezont wurde, kann er nicht beantworten, das war weit vor seiner Zeit.
- 2.7 François Scheidegger führt aus, dass es das sogenannte Waldfeststellungsverfahren gibt. Dort wird klar definiert, wo Wald ist und wo keiner ist. Auf dem Bild sieht man, dass es auch nach dem Wald noch weitere Bäume hat. Deshalb entsteht dieser Eindruck. Die Waldränder verschieben sich auch immer mehr. Der Wald nimmt immer zu. Auf die Frage, warum man es nicht vorher abgeklärt hat, meint er, dass man erst etwas abklären kann, wenn man weiss, in welche Richtung es geht. Er weiss nicht, ob man es früher hätte machen können. Zuerst muss man das Projekt haben.
- 2.7.1 Nach Auffassung von Peter Brotschi ist der Gemeinderat die oberste Planungsbehörde. Man hat von Anfang an gewusst, dass man nichts Gescheites mit 20m machen kann. Deshalb hat man die Voranfrage gestellt und der Kanton hat dann ja gesagt. Zu diesem Zeitpunkt hätte man in die Planungsbehörde gehen können und fragen, ob der Gemeinderat als Exekutive auch der Meinung ist, dass man auf 10m reduzieren kann, und erst dann die Planung auslösen sollen. Er beanstandet, dass der Gemeinderat jetzt im Nachhinein dem zustimmen muss, nachdem für das Projekt schon viel Geld ausgegeben wurde.
- 2.7.2 François Scheidegger macht darauf aufmerksam, dass es Ausnahmegewilligungen immer nur fallbezogen gibt. Peter Brotschi stört, dass man die Frage schon in einem früheren Projektstadium hätte klären müssen. Wäre man früher gekommen, wäre wieder die Kritik des Gemeinderates gekommen - er erinnert an das Geschäft „Robi-Spielplatz“ - dass es zu wenig konkret sei, man wissen wolle, wie es genau aussieht, da man sonst nicht entscheiden könne.
- 2.7.3 Aquil Briggen ist der Auffassung, dass man besser entscheiden kann, wenn man weiss, wie es aussieht. Die Grundlage für einen Entscheid ist jetzt viel besser als vorher. Wenn man einen Architekturwettbewerb durchführen will, ist immer einer der Grundsätze, den Architekten oder Architektenteams so viel Spielraum wie möglich zu lassen. Ein Architekt muss das im Griff haben, wie weit er gehen darf. Am Schluss war das vorliegende Projekt das beste.
- 2.7.4 Angenommen der Gemeinderat, so Peter Brotschi, würde den Naturschutz höher gewichten und nein sagen, dann wäre viel Geld für die Planung ausgegeben worden. Das will er damit sagen.

- 2.8 Laut Nicole Hirt wurde der Waldabstand ein wenig vernachlässigt und zu wenig stark gewichtet. Gerade in der heutigen Zeit ist es einfach das Thema. Auch bei der laufenden Ortsplanungsrevision wird man genau darauf schauen, dass so etwas nicht mehr passiert und solche Grundstücke nicht mehr eingezont werden können. Das ist heute nicht mehr tragbar.
- 2.8.1 Das ist, so François Scheidegger, jetzt einfach eine Behauptung. Es gibt Ausnahmegestimmungen und die gibt es nicht einfach so, sondern die existieren, weil man sie auch in begründeten Fällen anwenden kann, und das ist jetzt so ein Fall.
- 2.9 Aquil Briggen gibt Nicole Hirt Recht, wenn sie sagt, dass ein Parkplatz pro hochwertige Wohnung zu wenig ist. Nach Aussage der Bauherrschaft hat sie im unteren Bereich noch eine Einstellhalle, die man dazu mieten könnte. Gemäss den Reglementen muss mindestens pro Wohnung ein Parkplatz sein und das ist erfüllt.
- 2.10 Konrad Schleiss hat noch eine Bemerkung zur Biodiversität: Wenn man das Projekt anschaut und sieht, wie vorsichtig mit der Natur umgegangen wird, ist das das Beste, was man für die Biodiversität an diesem Standort herausholen kann. Er versteht die Einsprachen, aber es wurde vor 15 Jahren eingezont. Es ist eingezontes Land mit einem Baurecht. Man hat heute die Aufgabe, das Beste daraus zu machen. Was er gesehen hat mit dem Wettbewerb usw., geht genau in diese Richtung. Deshalb fand die BAPLUK, dass es unterstützungswürdig ist. Er bittet zu bedenken, dass nicht so schnell gebaut wird. Es gibt einen Weg bis zur kantonalen Genehmigung, bevor das Baugesuch ausgearbeitet werden kann. Es ist nicht ein einfacher Weg, den die Bauherrschaft hier beschreitet.

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Nicole Hirt erkundigt sich, wie lange gerechnet werden muss, bis die Nutzungspläne mit Sonderbauvorschriften auflegen werden können.
- 3.1.1 Gemäss Aquil Briggen wird man es noch vor den Sommerferien auflegen (13.06. bis 12.07.2019). Vermutlich gibt es Einsprachen, die behandelt werden müssen. Das braucht Zeit. Eventuell muss man im August 2019 nochmals in die BAPLUK. Die Baudirektion nimmt Rücksicht auf die Sommerferien. In Bettlach tut man das beispielsweise nicht.
- 3.1.2 François Scheidegger ergänzt, dass die Leute wissen, dass sie 30 Tage Zeit haben.

Es ergeht mit 13 : 1 Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgender

4 Beschluss

- 4.1 Dem Gestaltungsplan „Südhang“ mit Sonderbauvorschriften, sowie dem Teilzonen- und Erschliessungsplan „Südhang“ wird zugestimmt.
- 4.2 Die Baudirektion wird beauftragt, die erwähnten Nutzungspläne mit Sonderbauvorschriften gemäss §§ 15 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes während 30 Tagen öffentlich aufzulegen.
- 4.3 Sofern der Gemeinderat nicht über Einsprachen zu entscheiden hat, sind die Nutzungspläne nach erfolgter Auflage direkt dem Regierungsrat zur Genehmigung einzureichen.

Vollzug: BD

BAPLUK
BD

7.9.1 / acs

Änderung des Gräber- und Grabmalreglements für den Friedhof Tannhof

Vorlage: BAPLUKB 29/20.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister fasst den Hintergrund der Regelung zusammen:

2001 Neues Reglement

§ 12 Gemeinschaftsurnengrab

Beim Gemeinschaftsurnengrab dürfen Blumen nur beim zentralen Grabmal niedergelegt werden.

2005 ³ *Blumen dürfen nur beim zentralen Grabmal und bei der Gedenkmauer niedergelegt werden.*

2017 ³ *Blumen dürfen nur beim dafür vorgesehenen Ablageort vor den Inschriften niedergelegt werden.*

Änderungsgrund: da der Text auch für die neuen Gemeinschaftsgräber gelten soll, wurde er sprachlich angepasst.

Mit folgendem Vorschlag könnte eine möglichst eindeutige Regelung erreicht werden:

³ *Blumen dürfen nur beim dafür vorgesehenen Ablageort vor den Inschriften niedergelegt werden. An Allerheiligen, Weihachten, Ostern und Auffahrt werden Blumen und Grablichter auf der Wiese des Gemeinschaftsgrabs zugelassen.*

1.2 Stadtbaumeister Aquil Briggen fasst die Vorlage anhand einer Präsentation zusammen. Der Friedhof ist verpflichtet, das Gemeinschaftsgrab in einem würdigen Gesamtbild zu halten. Eine Erlaubnis während der gesamten Vegetationsruhe führt zu noch mehr unregelmässigen und dadurch problematischen Zuständen. Beginn und Ende der Vegetationsruhe sind schwierig zu definieren und noch schwieriger zu kommunizieren. Die Baudirektion möchte deshalb das Gemeinschaftsgrab maximal während den Feiertagen freigeben.

1.3 Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger ist das Niederlegen von Blumen und Grablichtern auf der Wiese nicht im Sinne des Erfinders. Hier hat sich halt irgendetwas eingeschlichen. Er kann die Leute ein Stück weit verstehen. Es ist noch schwierig, hier eine Lösung zu finden, hinter der man stehen kann und die nicht pietätslos ist.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Daniel Hafner weiss, dass es keine einfache Geschichte ist. Es gibt viele Emotionen. Am Beispiel seines Vaters möchte er noch die Anti-Stimmen vernahmen lassen, die hier nicht zu Wort gekommen sind. Sein Vater ist vor fünf Jahren gestorben und im Gemeinschaftsgrab auf dem Basler Friedhof Hörnli untergebracht. Dort hat man die gleiche Ausgangslage wie in Grenchen. Es ist eine Wiese, es hat Namensbezeichnungen der Leute, die begraben sind, und es gibt einen Ablageort für allfällige Devotionalien oder Blumen. Er geht regelmässig auf den Friedhof. Es hat noch nie erlebt, dass dort irgendjemand irgendetwas auf der Wiese deponiert hätte, geschweige denn über die Wiese gegangen wäre. Das wird respektiert. Die Ablageorte werden frequentiert. Er sieht regelmässig, dass dort Blumen etc. abgelegt werden. Er schätzt, dass man dort nicht über das Gräberfeld geht. Das käme niemandem in den Sinn. Viele Leute setzen sich nicht damit auseinander, was passiert, wenn ihr Angehöriger in ein Gemeinschaftsgrab kommt. Er würde die Stimmen vertreten, die sagen, dass man aus Pietätsgründen die Fläche respektieren soll. In Basel funktioniert das tadellos. Er hat sich extra im Zusammenhang mit dem Geschäft mit einem Basler Gärtner unterhalten, der ihm gesagt hat, dass sie das Problem, das man hier in Grenchen hat, nicht haben. Auf der anderen Seite soll man den Fünfer grad sein lassen. Man muss ohnehin den Rasen einmal mähen und auf das Gräberfeld gehen. Das ist in Basel auch der Fall. Er erachtet im Grundsatz das heutige System als gut. Wenn man im Sinne eines gutschweizerischen Kompromisses den Leuten entgegenkommen kann, denen es aus emotionalen Gründen wichtig ist, während der Feiertage Blumen etc. ablegen zu können, würde die SP-Fraktion den Vorschlag der Baudirektion unterstützen. Für sie wäre noch wichtig zu wissen, um welche Feiertage es sich genau handelt. Sind der 1. Mai und der 1. August auch dabei? Was ist mit „dazugehörenden Wochenenden“ gemeint? Ist es das Wochenende davor oder danach?
- 2.2 Wie Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ausführt, scheint eine Nachjustierung am erst kürzlich revidierten Gräber- und Grabmalreglement der Sache dienlich zu sein. Es ist zu hoffen, dass in Zukunft keine Diskussionen diesbezüglich mehr geführt werden müssen, denn mehr Klarheit als mit dem Vorschlag der Baudirektion wird man nie erlangen. Dies gilt es, wie die Totenruhe, zu respektieren. Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt den Vorschlag der Baudirektion.
- 2.3 Wie Gemeinderat Konrad Schleiss ausführt, sieht das die FDP-Fraktion genauso. Sie will Ordnung auf dem Friedhof halten. Ihr ist noch der Gedanken durch den Kopf gegangen, dass das, was man jetzt zusätzlich gibt, eine Art Duldung ist, mit der man diesen Wünschen im ländlichen Grenchen etwas entgegenkommt. Aber eigentlich soll es nicht die Regel sein. Deshalb soll man es auf die Feiertage und dazugehörenden Wochenenden im Sinne von Duldung beschränken. Wenn man das Grundprinzip, so wie jetzt ist, behalten kann, würde es die FDP-Fraktion so unterstützen.
- 2.4 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion für Eintreten ist. Er hat schon Mühe, wenn man mit dem Argument kommt, dass beim Begehen der Wiese über hunderte Gräber gegangen wird. Beim Rasenmähen steht man auch darauf. Er weiss schon, wo das Problem ist. Das Hauptproblem liegt darin, dass diejenige, die dort arbeiten, keine Freude daran haben, wenn sie die Sachen wegräumen müssen.

Man hat auf dem Friedhof 300 Stellenprozente. Es wird doch möglich sein, an den paar Feiertagen die Sachen wegzuräumen. Mit solchen Ausreden muss man ihm nicht kommen. Das ist an den Haaren herbeigezogen. Die SVP kann mit der vorgeschlagenen Lösung leben.

- 2.5 Gemeinderätin Nicole Hirt dankt der Baudirektion für die vorliegende Änderung des Gräber- und Grabmalreglementes für den Friedhof Tannhof. Sie muss ihrem FDP-Kollegen widersprechen. Es geht hier nicht um eine Duldung, sondern um eine Änderung des Reglements. An neun offiziellen Feiertagen inkl. den dazugehörigen Wochenenden dürfen nun Blumen, Grablichter und Kerzen auf der Wiese, auf der die Urnen beigesetzt sind, abgelegt werden. Das ist eine Verbesserung, die im Sinne der Bevölkerung ist und demzufolge zu begrüßen ist. Es bleibt jedoch die Frage, warum dort während der Vegetationsruhe von z.B. Ende Oktober bis Ende März nichts niedergelegt werden darf. Der Rasen wird in dieser Zeit nicht gemäht und die meisten Friedhofbesucher*innen pflegen die Stellen tiptopp, so dass der Friedhofverwaltung nicht übermässige Mehrarbeit abverlangt werden würde. Sicher nicht mehr als die Zeit, die während der Vegetation für das Mähen aufgewendet wird. Sie hofft sehr, dass die Angestellten, es sind ja immerhin 300 Stellenprozente, Nachsicht üben und nicht einfach nur eine Bestimmung eines Reglements durchsetzen wollen. Denn schliesslich ist die Friedhofverwaltung für die Bevölkerung da und nicht umgekehrt. Sie ist mit dem Vorschlag der Baudirektion einverstanden, stellt aber noch zusätzlich den Antrag, dass die offiziell im Kanton Solothurn geltenden Feiertage aufgelistet und um den 24.12. und den Ostermontag ergänzt werden. Sonst ist sie damit einverstanden und dankt für die Ausarbeitung der Vorlage.
- 2.6 François Scheidegger erwidert, dass der Ostermontag kein Feiertag, sondern ein arbeitsfreier Tag ist. An und für sich findet er es einen guten Vorschlag, wenn man die Tage im Sinne der Klarheit auflisten würde. Das würde Sicherheit geben. Es geht nicht um das Personal, das zu faul sein soll - das sind in seinen Augen schon eigenartige Argumente - es geht darum, dass das Personal wissen muss, wie es sich verhalten muss. Die Mitarbeitenden müssen wissen, wann sie wegräumen können, wenn sie z.B. mähen müssen. Das sind ganz praktische Fragen. Sonst lässt man es dann ganz frei. Er weiss aber nicht, ob die Mitarbeitenden dann wissen, was sie wann tun dürfen. Davon möchte er wärmstens abraten.
- 2.7 Laut Aquil Briggen müssen die Mitarbeitenden des Friedhofs die Sachen der Leute so oder so wegräumen, egal ob sie sie nun auf der Wiese oder auf dem vorgesehenen Ablageort ablegen. Wenn die Leute sie nicht selbst entfernen, müssen es die Mitarbeitenden tun. Der Vorwurf, dass sie arbeitsscheu seien, kann er so nicht gelten lassen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Nicole Hirt beantragt neben den offiziell in Solothurn geltenden Feiertagen noch den 24.12. plus den Ostermontag.
- 3.2 Betreffend Definition verweist Gemeinderat Robert Gerber auf § 2 lit. b und c des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage.

Als kantonale Ruhetage gelten:

b) die Feiertage:

Neujahr, Auffahrt, 1. Mai ab 12.00 Uhr, Eidgenössischer Betttag, sowie - mit Ausnahme Bezirk Bucheggberg - Fronleichnam, Maria Himmelfahrt, Allerheiligen;

c) die hohen Feiertage: *Karfreitag, Ostern, Pfingsten, Weihnachten.*

- 3.3 François Scheidegger macht beliebt, die Änderung des Paragraph 12 Absatz 3 gemäss Vorlage unter Punkt 2.9.2 (ohne Vegetationsruhe) so sein zu lassen („*Blumen, Grablichter und Kerzen dürfen beim dafür vorgesehenen Ablageort vor den Inschriften niedergelegt werden. An den offiziell geltenden Feiertagen des Kantons Solothurn inkl. den dazugehörenden Wochenenden darf dazu auch die Wiese, auf der die Urnen beigesetzt sind, benützt werden.*“) und mit folgender Fusszeile zu ergänzen: „*§ 2 lit. b und c des Gesetzes über die öffentlichen Ruhetage.*“

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Die Änderung des Paragraph 12 Absatz 3 des Gräber und Grabmalreglements für den Friedhof Tannhof wird gemäss Vorlage unter Punkt 2.9.2 (ohne Vegetationsruhe) genehmigt.

Vollzug: BD, RD

BAPLUK
BD
RD

7.4.0.0 / acs

Motion der Fraktion SP: Senkung der Kosten der Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/22.04.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion vom Gesamtschulleiter Hubert Bläsi schriftlich beantwortet. Er hat ein Mail der Erstunterzeichnerin Angela Kummer erhalten, dass man die Motion in ein Postulat umzuwandeln würde.

1.2 Gemeinderätin Angela Kummer wandelt die Motion in ein Postulat um und bittet den Rat, das Anliegen der SP zu unterstützen. Die SP will eine moderne und soziale Familienpolitik. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie ist ein Muss für Eltern, sie nützt aber auch der Wirtschaft. Die SP setzt sich ein für ein gutes Angebot an familienergänzender Betreuung und bezahlbaren Kita- und Tagesschulplätzen für alle ein. Darum gilt es nun dem Kanton zu signalisieren, dass die Stadt Grenchen bereit ist, im Bereich familienergänzende Kinderbetreuung einen Schritt vorwärts zu machen. Dadurch kann hoffentlich der Kanton das Gesuch beim Bund einreichen und die Bundessubventionen abholen. Sie begrüsst vor allem die unter Punkt 2.14 der Vorlage gemachten Aussagen: Grenchen kann einen zusätzlichen Effort im Bereich familienergänzende Betreuung machen, Elternbeiträge (subjekt- oder objektorientiert) entlasten und das Angebot entsprechend ausbauen. Man hört, es gibt lange Wartelisten bei den Kitas, zu wenig Tageseltern und fast gar keine Betreuungsangebote während der Schulferien, dann besteht Handlungsbedarf. Es ist ein Prüfungsauftrag (deshalb keine Motion). Ganz klar gehört dazu auch, dass eine Bedarfsabklärung durchgeführt wird, damit man das macht, was bedürfnisgerecht ist.

1.3 Gemäss Hubert Bläsi hat man vor einiger Zeit einen Fragebogen des Kantons Solothurn in dem Sinne ausgefüllt, dass die Stadt Grenchen sehr interessiert an einem Beitrag wäre. Damit ist ein wichtiger Punkt des Vorstosses bereits erfüllt. Dort hat man es schon kundgetan und die Inhalte entsprechend transportiert. Das wird jetzt ausgewertet, dann wird man sehen, ob eine Möglichkeit besteht, Beiträge abzuholen. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass es sich um eine Anschubfinanzierung handelt. Wenn man ja dazu sagt, gibt es jedes Jahr einen Drittel weniger. Danach -und das muss man in aller Offenheit betonen – hat die Stadt Grenchen den Auftrag, die Gelder aufzubringen - dies zur Information und Transparenz.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

3.1 Laut Gemeinderätin Nicole Hirt ist die FDP-glp-Fraktion froh, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätte man mit der Zustimmung einen Blankoscheck ausgestellt. Mit einem Postulat ist sie einverstanden. Wie bereits erwähnt, ist es eine Anschubfinanzierung, irgendeinmal kommt es auf die Stadt zu. Hat deshalb die Finanzverwaltung nichts dazu gesagt, weil es noch zu weit weg ist? Ihrer Meinung nach müsste man jetzt schon darüber diskutieren, was das für die Stadt bedeutet. Es kommt ihr ein wenig wie bei der Steuervorlage vor. Am Anfang sieht es super aus, weil es finanziert ist. Aber irgendeinmal hört das auf und wenn es dann so weit ist, kann man oder will man nicht mehr zurück. Die FDP-glp unterstützt das Postulat.

3.2 Gemäss Gemeinderat Matthias Meier-Moreno ist die CVP-Fraktion froh, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird. Erst dann kann sie sich entscheiden, ob das Anliegen unterstützungswürdig ist und das Verhältnis der Bundesgelder und Kosten respektive Folgekosten für Grenchen einen Mehrwert hat oder nicht.

3.3 Laut Gemeinderat Richard Aschberger kann die SVP mit der Motion nichts anfangen, auch wenn es in ein Postulat umgewandelt wird, wird sie es nicht erheblich erklären. Sie kann nur staunen. Seit nun einigen Jahren fordert sie immer, dass die Elterntarife überarbeitet und angepasst werden und nun so ein Vorstoss. Auch hier wird es sonst zu einem Fass ohne Boden, man kennt das nun von diversen Angeboten. Was sie hier speziell stört, ist wieder die Begünstigung und Privilegierung einer bestimmten Lebensweise. Jeder kann so leben, wie er möchte, sofern er die anderen nicht beeinträchtigt, damit hat sie auch gar kein Problem. Aber wenn eine Überprivilegierung stattfindet und dann gar noch eine Diskriminierung auf der anderen Seite, dann ist das schon happig. Hier zum Beispiel werden die Elternteile benachteiligt, wenn sie sich mehr um den Nachwuchs kümmern, selber für die Betreuung sorgen usw. Doch damit nicht genug, man wird auch noch steuerlich bestraft wegen fehlender oder nur marginaler Abzüge. Die SVP will nicht, dass der Staat noch weiter überall hineinfunkt, er ist so schon fast überall übermächtig. Bei solchen Vorstössen ist er immer wieder überrascht, wie es hier die Gemeinderatsmitglieder überhaupt in das Alter gebracht haben, damals hiess die Maxime noch Eigenverantwortung und nicht der Ruf mit dem Megaphon nach dem Staat bei der Kinderbetreuung und gefühlten 5000 anderen Sachen. Wie gesagt, die SVP lehnt diesen Vorstoss ab und es ist auch bedenklich wenn unter Punkt 2.14 bereits erwähnt wird, man könnte das Angebot weiter ausbauen. Auch hierzu sagt sie weiter nein, das ist nicht die primäre Aufgabe des Staats, der hat ganz anderes zu erledigen als „Kinder zu hüten“.

Dann noch kurz zum Beispiel mit Frankreich. Natürlich ist es da auch günstiger als in der Schweiz, auch kaufkraftbereinigt. Aber man sollte einmal die Augen ganz aufmachen: Frankreich ist wirtschaftlich in einer suboptimalen Verfassung und die Staatverschuldung ist mehr als doppelt so hoch wie in der Schweiz, nämlich bei fast 100% des BIP, in der Schweiz ist man bei knapp 43%. Frankreich als Beispiel zu nehmen für erfolgreiches Arbeiten und einen guten Staat ist gänzlich unbrauchbar. Dazu arbeiten die Franzosen statistisch gesehen nur 35.6 Stunden pro Woche während die Schweizer bei 41.7 Stunden im Schnitt sind laut den statistischen Ämtern. Er hat mit diesem kleinen Exkurs geschlossen.

3.4 Angela Kummer erwidert, dass ihr noch ein Punkt bezüglich Wirtschaft sehr wichtig ist. Das hat einen direkten Zusammenhang mit der Stadt. Für sie ist klar, dass die Wirtschaft auch ihren Teil leisten muss. Sie profitiert auch extrem davon.

Der Ausbildungsstandard der Frauen ist heute sehr hoch. Es ist finanziell ein Witz, wenn sie x Jahre zu Hause sind. Von ihr ausgesehen braucht es eine Mitfinanzierung der Wirtschaft und das darf man ganz klar fordern. Das ist keine Privilegierung für eine bestimmte Klasse. Man will es auch allen offen halten, wie sie ihr Leben führen, wie sie ihre Kinder betreuen oder ob sie überhaupt Kinder haben wollen. Es geht nicht darum. Es ist aber kein Wunschkonzert. Es gibt ganz viele Familien, wo ein Lohn nicht reicht. Dort muss die Frau mindestens teilweise arbeiten. Für sie ist das nicht eine Privilegierung.

- 3.5 Peter Brotschi stimmt Angela Kummer zu. Es ist tatsächlich so, dass die Wirtschaft profitiert. Deshalb sollte die Wirtschaft auch aktiv werden. Grössere Unternehmen sollen selbst dafür sorgen, dass Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder ihrer Mitarbeitenden bestehen. Es gibt solche Modelle zum Teil im Ausland, wo Unternehmen unternehmenseigene Kindertagesstätten haben. Man hatte früher die Kinderkrippe Teddybär für die Spitalangestellten. Die Kinder konnten in relativ unmittelbarer Nähe betreut werden, was den Mitarbeitenden ein gutes Gefühl gab. Hier muss die Wirtschaft schon ein Zeichen setzen in nächster Zeit.
- 3.6 Für Nicole Hirt ist es ganz klar eine Privilegierung. Es gibt ganz viele Frauen, die zuhause sind und zu ihren Kindern schauen. Die sind ganz klar im Nachteil. Diese müssen auch irgendwie berücksichtigt werden. In ihren Augen ist das Diskriminierung, nicht denen gegenüber, die keine Kinder haben, sondern denen, die Kinder haben und sie selbst betreuen. Das ist für sie der Stein des Anstosses. Das muss auch angeschaut werden nebst dem, dass die Wirtschaft ebenfalls ihren Teil leisten muss.
- 3.7 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4 Beschluss

- 4.1 Das Postulat wird erheblich erklärt.

Vollzug: GSL

GSL
SV
FV

2.9.4 / acs

Lindenhaus: Bericht zur offenen Jugendarbeit / Midnight sports 2018

Vorlage: JUKO/06.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1 Gemeinderat Fabian Affolter, Präsident Jugendkommission, erklärt, dass der Controllingbericht kürzer und schlanker ist, so wie dies in den letzten Jahren auch gewünscht wurde. Erfreulich ist, dass die Besucherzahlen gesteigert werden konnten, wenn auch nicht mehr so stark wie in den vergangenen Jahren. An jedem offenen Tag waren sicher 10 Besucher/-innen anwesend. Das Team ist mit den momentanen Besucherzahlen am Limit. Das sagt es auch, es möchte in Zukunft lieber auf Qualität statt Quantität setzen. Bei den Spielplätzen ist im 2018 viel gelaufen. Den einzigen Wermuttropfen gab es beim Robinson-Spielplatz, wo ein neuer Standort gesucht werden musste. Hier hat man ja jetzt eine Lösung in Sicht. Beim Midnight-Projekt sind die Teilnehmerzahlen wieder leicht gesunken. Grund dafür ist, dass so wenig weibliche Teilnehmer anwesend waren. Vielleicht spielte auch noch eine Rolle, dass es teilweise gewisse Meinungsverschiedenheiten gab. Die Projekte wie z.B. Alkoholprävention kommen bei den Jugendlichen gut an. Im Namen der Jugendkommission dankt er allen, die sich ehrenamtlich für die Grenchner Jugend einsetzen, und freut sich als JUKO-Präsident auf die bevorstehenden Projekte.
- 1.2 Laut Gemeinderat Matthias Meier-Moreno, Präsident ISG Lindenhaus, wissen alle, die an der Generalversammlung ISG anwesend waren, worum es geht. All diejenigen, welche den Bericht erhalten haben, konnten darin lesen und schmökern. Es ist selbsterklärend. Er dankt Fabian Affolter und der Jugendkommission für ihre Arbeit. Die Zahlen stimmen. Der Controllingbericht wurde so verfasst, wie es der Gemeinderat gewünscht hat. Man ist gut unterwegs mit den Projekten.

2 Eintreten

- 2.1 Gemeinderat Peter Brotschi stellt fest, dass intensive Arbeit geleistet wurde. Für ihn persönlich eindrücklich ist der starke Anstieg der Besucherinnen und Besucher beim Jugendtreff. Als regelmässiger Zeitungsleser hat man viele Aktivitäten schon im Verlauf des Jahres mitbekommen. Er dankt namens der CVP der Jugendkommission, dem Jugendhaus, der ISG sowie allen, die mitgewirkt und mitarbeitet haben.
- 2.2 Laut Gemeinderat Alexander Kaufmann hat das Lindenhaus und somit die Jugendarbeit in Grenchen Tradition. Das Lindenhaus in seiner heutigen Form wurde im Jahre 1984 erbaut mit einer klaren Ansage, der Jugendarbeit in Grenchen eine wichtige Plattform zu bieten.

Seit Jahren wird das Lindenhaus erfolgreich vom Lindenhausteam geführt. Die SP-Fraktion dankt an dieser Stelle dem gesamten Team herzlich für den Einsatz und die gute Arbeit im Zusammenhang mit der offenen Jugendarbeit in Grenchen. Die SP nimmt auch Kenntnis vom sehr detaillierten und gut verständlichen Controllingbericht. Positiv ist auch zu erwähnen, dass sich das Präventions- und Jugendförderungsprojekt „Midnight Grenchen“ bereits im 9. Ausführungsjahr befindet und immer noch rege besucht wird. Die regelmässige Berichterstattung per Mail ist ein fester Bestandteil und eine wichtige Information für die Gemeinderäte (auch wenn er das Mail jeweils immer im Doppel erhält – vielleicht kann man das einmal ändern). Als kleine Anregung für zukünftige Berichte wünscht sich die SP von der ISG eine ähnliche, etwas detailliertere Berichterstattung über die betreuten Spielplätze; z. B. Anzahl Kinder, welche Aktivitäten wurden tatsächlich unternommen etc. (analog Midnight Grenchen). Noch eine persönliche Bemerkung – schade ist der Stadtbaumeister nicht mehr im Ratssaal: Zum Glück kommt die Jugendkommission sowie die ISG Jugendhaus frischer und jugendlicher daher als das etwas in die Jahre gekommene Lindenhaus. Zumindest wäre wieder einmal ein Facelifting nötig, um das angesetzte Moos auf dem Dach zu entfernen. Die SP nimmt Kenntnis vom Rechnungs- und Controllingbericht 2018.

- 2.3 Die FDP-glp-Fraktion, so Gemeinderat Reto Gasser, dankt dem Team des Jugendhauses, Matthias Meier-Moreno, der Jugendkommission und den Mitarbeitenden, die sensationelle Arbeit leisten. Man sieht, dass Programm und Angebot auf regen Anklang stossen. Heute wird im Jugendhaus ein anderes Zielpublikum als noch in den 80er Jahren erfasst. Es ist eine tolle Sache. Ihm gefällt das Jugendhaus, so wie es im 1984 gebaut wurde, es ist authentisch und zeitgemäss. Die FDP-glp wird den Anträgen zustimmen.

Eintreten wird beschlossen.

3 Detailberatung

- 3.1 Keine Wortmeldungen.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Vom Rechnungsbericht und vom Controllingbericht „Offene Jugendarbeit Lindenhaus 2018“ und Midnight wird Kenntnis genommen.
- 4.2 Die Arbeit der ISG und der Jugendkommission wird verdankt.

Vollzug: KZL

JUKO

Verantwortlicher Jugend, Mike Brotschi

ISG Lindenhaus, Herr Matthias Meier-Moreno, Zelgweg 3A, 2540 Grenchen

ISG Spielplätze, Frau Chantal Heusser, Tannhofstr. 41, 2540 Grenchen

SV

SDOL

Stapo

3.5.6 / acs

Motion Peter Brotschi (CVP): Prüfungsauftrag zur Vergrößerung des Gemeinderats der Einwohnergemeinde der Stadt Grenchen: Beschluss über Erheblicherklärung

Vorlage: KZL/22.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Wie Stadtpräsident François Scheidegger ausführt, wurde die Motion vom Rechtsdienst schriftlich beantwortet.

1.2 Gemeinderat Peter Brotschi dankt für die Beantwortung. Die Aussage in Ziff. 2.8 der Vorlage bringt es auf den Punkt (*Die Frage der GR-Grösse erscheint insgesamt primär als politische Frage über die sorgsame demokratische Abbildung des Wählerwillens, resp. der Vielfalt der Bevölkerung.*). Demokratie ist jederzeit anzustreben in einem Gemeinwesen. Er hat bewusst die Form der Motion gewählt, auch wenn es sich nur um einen Prüfungsauftrag handelt. Es ist ihm darum gegangen, zeitlich etwas Druck zu machen. Wenn man eine Änderung will, müsste dies ja auf Anfang der nächsten Legislaturperiode sein. Jetzt ist man mitten in der Legislaturperiode, also müsste das Geschäft an der GV Juni 2020 (Rechnungsgemeinde) behandelt werden können. Er ist selbstverständlich auch mit einem Postulat einverstanden. Wie ist das Vorgehen? Würde man eine Arbeitsgruppe einsetzen?

1.3 Stadtpräsident François Scheidegger hat vor, Workshops durchzuführen. Nein, Spass beiseite. Es ist eine Ermessensfrage. Er hat gewisse Sympathie für das Anliegen. Auf der anderen Seite ist man gut gefahren mit dem jetzigen Modell. Letztlich ist es eine politische Frage.

2 Eintreten

Eintreten wird beschlossen.

3 Diskussion

3.1 Die Motion von Peter Brotschi, so Gemeinderat Alexander Kaufmann, wurde in der SP-Fraktion intensiv und kontrovers diskutiert. Eine weitere Verkleinerung des Gemeinderates kann auch in SP-Fraktion ausgeschlossen werden. Hingegen bei einer Vergrößerung scheiden sich die Geister bei der SP. Als Fraktionssprecher muss er die Meinungen 50 zu 50 % gewichten und vorbringen. Als Einzelsprecher kann er jedoch den Vorschlag des Motionärs unterstützen. Eine Aufstockung auf 20 Gemeinderäte ist durchaus ein gangbarer Weg und würde die politischen Kräfte und Meinungen einer Gemeinde besser abbilden. Auch die Bevölkerungszunahme in Grenchen ist ein

nicht zu unterschätzender Aspekt, welcher eine Vergrößerung rechtfertigen würde. Ein Systemwechsel, wie er schon früher einmal überprüft wurde und wie ihn inzwischen das Stimmvolk der Stadt Solothurn abgelehnte, kommt für die Stadt Grenchen ebenfalls nicht in Frage. Auch wenn die SP-Fraktion Stimmfreigabe hat, könnte eine Umwandlung in ein Postulat auch von ihr unterstützt werden. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf dieses Geschäft.

3.2 Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP-Fraktion zufrieden ist, so wie es ist. Es läuft gut, 15 Gemeinderäte reichen aus. Sie wird den Vorstoss nicht erheblich erklären, egal ob als Motion oder als Postulat.

3.3 Auf den ersten Blick tönen die Begründungen des Motionärs verlockend, meint Gemeinderat Robert Gerber. Aber eben nur auf den ersten Blick. Die Stadt Grenchen zählt, gemessen an ihrem Jahresbudget, welches zwischenzeitlich einen Umfang von rund 125 Millionen Franken umfasst, und dem Personalbestand, zu den zwanzig grössten Unternehmen des Kantons Solothurn. Eine Unternehmung dieser Grösse, braucht eine Führung, die der heutigen Zeit entspricht, wo ein Maximum an Effizienz aufweist und vor allem eine gewisse Kontinuität verspricht. Der Gemeinderat hat im letzten Jahr versucht, seine Rolle als Exekutive wahrzunehmen, besser wahrzunehmen oder eben zu finden. Das ist ihr in zwei entscheidenden Projekten gelungen. Nämlich beim Projekt Kompass und beim Projekt Süd Bahnhof. Man einigte sich auf einen Kompromiss und alle vertraten diesen. Das ist eben Exekutive. Ob das dem Gemeinderat heute gelungen ist, überlässt er jedem GR-Mitglied selbst zu beurteilen.

Als man zu Beginn dieses Jahrtausend daran machte, das politische System zu reformieren, verkleinerte man den Gemeinderat von 30 auf 15 Mitglieder. Diskutiert wurde bei dieser Gelegenheit auch über 11 und 9 Mitglieder. Man einigte sich auf 15 Mitglieder. Diese Grösse des Gemeinderates hat sich bis heute als richtig erwiesen. Eine 30-köpfige Exekutive kann sich heute niemand mehr vorstellen. Jede Vergrößerung der Exekutive hätte zur Folge, dass man wieder einen Schritt weg von der Exekutive geht und wieder mehr zum Parlament wird. Dass es zu Zeiten des 30er Gemeinderates vorkam, dass das Kuvert erst zwei Minuten vor der Sitzung hier in diesem Saal geöffnet wurde, ist ein offenes Geheimnis. Frage: Will der Gemeinderat das? Er glaubt nein.

Dass mit einer Vergrößerung des Gemeinderates das Kräfteverhältnis der politischen Kräfte besser abgebildet würde, mag mathematisch stimmen. Wenn er aber die Gemeinderatslisten der letzten Wahlen anschaut, ergibt sich folgendes Bild:

SP 13 Kandidierende, FDP, SVP, CVP, BDP je 7 Kandidierende, Jungfreisinnige 5 Kandidierende und GLP 3 Kandidierende. Keine Partei war in der Lage, eine volle Liste zu präsentieren! Das ist nicht eine Bankrotterklärung, wie es der Motionär meint, das ist eine Tatsache.

Er sagt nicht, dass man am heutigen System nichts ändern könnte. Man könnte selbstverständlich. Man könnte sich überlegen, ein Parlament mit einem Stadtrat zu schaffen. Aber eben da kommt dem Solothurner das Solothurnerlied in die Quere: ... *'s isch immer so gsi, 's isch immer so gsi...* Eine Möglichkeit wäre auch, die Mitglieder der GRK mit Ressorts auszustatten. Aber auch das wäre eine Zwitterlösung, weil den Ressortchefs die Leute nicht direkt unterstellt wären und deshalb eine Anhängigkeit, was die Informationen angeht, weiterhin bestünde.

Was es für die Zukunft eigentlich braucht, ist ein zeitgemässes, staatsrechtlich über alle Zweifel erhabenes politisches System mit einer klaren Trennung von Exekutive und Legislative, wie es in den allermeisten Städten der Schweiz existiert. Dazu ist die Zeit in Grenchen und im Kanton Solothurn anscheinend nicht reif. Kommt Zeit, kommt Rat. Vielleicht bewegt sich doch einmal etwas in diesem Kanton auch auf Gemeinde-gesetzebene.

Aus der Sicht der FDP-glp-Fraktion braucht es keinen Prüfungsauftrag für die Vergrösserung des Gemeinderates. Es ist eine rein politische Frage, ob man mehr oder weniger Gemeinderatsmitglieder will. Und diese Frage kann sie hier und jetzt beantworten. Die FDP-glp lehnt die Motion ab und wird den Vorstoss auch nicht als Postulat helfen erheblich erklären.

- 3.4 Peter Brotschi meint, dass Effizienz in der Demokratie ein relativ schwieriges Wort ist. Eine Stadt wie Grenchen mit 18'000 Einwohnern ist nicht ein Unternehmen. Die Einwohnergemeinde Luterbach hat den Gemeinderat z.B. auf 19 Mitglieder aufgestockt. Dort gibt es so eine Art strategischer Gemeinderat, eine Zwitterlösung, sowie 9 GRK-Mitglieder, auf welche die neun Ressorts verteilt sind. Sie sind nicht Vorgesetzte, sondern Ressortverantwortliche. Es gibt verschiedene Lösungen. Sein Anliegen wäre, dass man es wirklich einmal diskutiert.
- 3.5 Gemeinderätin Angela Kummer wird dem Postulat nicht zustimmen, auch wenn sie das Votum von Peter Brotschi unterstützen kann. Es ist vielleicht etwas unlogisch. Aber sie wird versuchen, es kurz zu erklären. Sie hat mit sehr grossem Interesse verfolgt, was in Solothurn lief, und gespannt abgewartet, was dort entschieden wurde. Sie ist nicht zufrieden mit dem jetzigen System. Die politische Basis fehlt. Man kann die Leute zu wenig nachziehen. Es ist für sie auch zu wenig demokratisch. Man hat vor ein paar Jahren auch schon die Unterschiede Gemeinderat und Gemeinderatskommission thematisiert. Man könnte jetzt ganz lang werden, aber sie verzichtet darauf. Sie möchte einfach betonen, dass sie nicht zufrieden mit dem System ist. Sie glaubt aber auch nicht, dass jetzt gerade der Zeitpunkt für einen Systemwechsel auf das andere mögliche Modell ist. Sie macht beliebt, dass man hier grundsätzlicher überlegt, ob es nicht ein neues System für Grenchen gäbe, das alle unterstützen könnten, z.B. ein Spezialesystem zwischen den beiden bestehenden Modellen, eine dritte Variante, die man auf kantonaler Ebene prüfen lassen könnte. Sie denkt, dass man dort sogar Möglichkeiten hätte. So wie es heute ist, fährt man das Ganze an die Wand. Es ist jetzt schon krass das Ungleichgewicht zwischen dem Gemeinderat und den wenigen Stimmbürgern, die an der Gemeindeversammlung teilnehmen. Hier sind alle gefragt. Das ist unabhängig von der politischen Haltung. Man muss schauen, dass sich die Leute für Grenchen interessieren und mitarbeiten wollen. Gar nichts zu machen, ist auch nicht gut. Die Lösung, die Peter Brotschi vorschlägt, findet sie aber nicht richtig.
- 3.6 François Scheidegger sagt immer, dass Grenchen das am wenigsten schlechte System hat. Man könnte es selbstverständlich noch besser machen. Das Modell Olten überzeugt ihn ganz und gar nicht. Ein halbes Jahr ohne Budget ist kein Zustand. Wenn man in einer Sitzung mit dem Oltner Stadtpräsident ist, kann dieser keine verbindlichen Aussagen machen, wenn es nicht sein Departement angeht. Er muss immer Rücksprache halten. Unter 15 Mitglieder würde er sicher nicht gehen. In Solothurn war von 11 Mitgliedern die Rede. Da hat man dann schon ein Demokratieproblem. Auf der anderen Seite hat er Verständnis für das Anliegen. Er war immer auch ein Gegner der Verkleinerungen der Ratsbetriebe, auch im Kantonsrat.

Er war dabei, als die Zahl der Mitglieder im Kantonsrat noch 144 Mitglieder umfasste (bis Ende der Legislaturperiode 2001-2005), und als der Kantonsrat ab 2005 nur noch 100 Mitglieder zählte. Er hat immer gesagt, dass Effizienz kein Argument ist. Der Betrieb im Kantonsrat wurde durch die Verkleinerung in keiner Art und Weise effizienter. Es ist nicht einfach. Die Frage, die sich auch stellt, ist das Verhältnis des Gemeinderates zur Gemeinderatskommission. Man hat bis jetzt Wert darauf gelegt, dass die politischen Verhältnisse in der Gemeinderatskommission ein Stück weit ein Abbild des Gemeinderates sein sollen. Wenn man einen Gemeinderat mit 20 Mitgliedern hat, ist dann der nächste Schritt, die Gemeinderatskommission zu vergrössern?

- 3.7 Gemäss Peter Brotschi gab es früher viel mehr Kommissionen. Man hatte noch eine Werkkommission. Heute gibt es die Bau-, Planungs- und Umweltkommission. Das waren früher drei Kommissionen. Er will niemandem zu nahe treten, aber wann ist letzte Vorlage in Sachen Umwelt gekommen? Die Kommissionen sind die Basis, um die politische Arbeit zu lernen, wo sich Jungpolitiker/innen sich in einem geschützten Rahmen bewegen können. Es gibt nicht sehr viele Sitzungen. Sie können schauen, ob das etwas für sie ist. Es ist ein Trainingsfeld, das nachher auch fit macht z.B. für das Gemeinderatsamt. Wenn man alles ausmerzt, hat man am Schluss niemanden mehr.
- 3.8 François Scheidegger meint ebenfalls, dass der politische Nachwuchs wichtig ist. Betreffend Bau-, Planungs- und Umweltkommission: er hat sich persönlich in Bellach dagegen gewehrt, dass man sie zusammenführt. Eine Baukommission und eine Planungskommission haben ganz verschiedene Aufgaben: Eine Planungskommission denkt an die Zukunft, generell-abstrakt, eine Baukommission entscheidet einzelfallweise, individuell-konkret.
- 3.9 Gemeinderat Daniel Hafner führt aus, dass es eine Entwicklung in der Gesellschaft ist, die in den letzten Jahren eine Entpolitisierung zur Folge hatte. Man kann entsprechende Ämter schaffen. Ihm ist das Anliegen sympathisch, er findet auch, dass eine anständige Repräsentanz gegenüber der Bevölkerungszahl sein sollte. Die Frage ist, wo man effektiv die Leute findet. Es ist erschreckend, wie sich die Leute nicht mehr für Politik interessieren. Es hat zum Teil auch wirtschaftliche Gründe. In der Jugendphase sind sie mit der Ausbildung beschäftigt, in der Elternphase mit Job, Pendeln etc. Ihm ist auch die Qualität wichtig. Wenn es nur darum geht, Leute zu finden und Quantität anstatt Qualität zu haben, ist es auch nicht zielführend. Er hat das Gefühl, dass dieser Effekt eine Folge einer Entwicklung in der Bevölkerung ist. Der Gemeinderat ist ein Spiegelbild dieser Entwicklung. Das mag sich einmal ändern, je nachdem wie sich die Welt entwickelt, aber im Moment wäre es schwierig.
- 3.10 Gemeinderätin Nicole Hirt Man erinnert daran, dass die Stimmbeteiligung in Grenchen bei der Steuervorlage erschreckend tief war. Sie war 10 % tiefer als der kantonale Schnitt. Es gibt schon zu denken, dass eine gewisse Resignation da ist. Die Frage ist, wie man das ändern kann. Das muss man angehen. Was kann man unternehmen, damit sich die Leute in Grenchen wieder mehr für Politik interessieren. Die Lösung ist nicht, dass man einfach den Gemeinderat erhöht, sondern man sollte das Problem grundsätzlich angehen. Woran liegt es, dass die Leute kein Interesse haben? Wie könnte man es anders gestalten?
- 3.11 François Scheidegger sagt immer, dass die Leute zufrieden mit dem Gemeinderat sind.
- 3.12 Keine weiteren Wortmeldungen.

Es ergeht mit 11 : 4 Stimmen folgender

4 Beschluss

4.1 Die Motion wird nicht erheblich erklärt.

Vollzug: KZL

RD

0.1.2 / acs

Gemeindeordnung: Anpassung Geschäftsprüfungskommission (§ 42): 2. Lesung (Postulat Fraktion FDP: Rechnungsprüfungskommission - Funktionsüberprüfung)

Vorlage: RD/22.05.2019

1 Erläuterungen zum Eintreten

1.1 Stadtschreiberin Luzia Meister hat die Vorlage aufgrund der Diskussionen in der GR-Sitzung und den Fraktionen noch vereinfacht. Es sind folgende Eckwerte vorgesehen: Eine Geschäftsprüfungskommission ist zwingend, sie besteht aus fünf Mitgliedern, ordentliche GRK-Mitglieder können nicht Mitglieder sein. Das soll von der Gemeindeversammlung so verabschiedet werden. Alle näheren Details werden im Pflichtenheft geregelt. Darin kann z.B. festgehalten werden, ob externe Sachverständige beigezogen werden können, ob GR-Mitglieder, die nicht GRK-Mitglieder sind, ausgeschlossen werden können und wie das Wahlprozedere durchgeführt werden soll. Auf Wunsch des Kantons (AGEM) wurde § 42ter Abs. 6 Geschäftsordnung (GO) (Seite 3 Synopse) noch wie folgt ergänzt (*Ergänzung in fettgedruckter, kursiver Schrift*):

⁶ Der Gemeinderat regelt die Details in einem Pflichtenheft die Kompetenzen der Rechnungsprüfungskommission wie auch der Geschäftsprüfungskommission. ***Im Pflichtenheft der Geschäftsprüfungskommission können insbesondere die Möglichkeit der Delegation von Prüfungshandlungen und des Bezugs externer Sachverständiger, das Wahlprozedere sowie Wahlausschusskriterien vorgesehen werden.***

2 Eintreten

Eintreten wurde bereits mit GR-Beschluss Nr. 2476 vom 2. April 2019 beschlossen.

3 Detailberatung

3.1 Gemeinderat Daniel Hafner erkundigt, ob die Idee ist, dass die Parteien die entsprechenden Kandidaten stellen.

3.1.1 Das ist, so Luzia Meister, bei keiner Kommission auf Stufe GO festgelegt. Es ist selbstredend oder es kommt ins Pflichtenheft.

3.1.2 Gemeinderat Reto Gasser findet, dass man dies im Hinblick auf das Pflichtenheft jetzt offen lassen soll. Das gehört nicht hierhin. Man kann dann immer noch hochstehende Diskussionen darüber führen, ob GR-Mitglieder in der Geschäftsprüfungskommission sein sollen oder nicht (Stichwort Unabhängigkeit).

- 3.2 Laut Luzia Meister wird das Geschäft für die GV vom 4. Dezember 2019 traktandiert. Unterdessen kann bereits das Pflichtenheft erarbeitet werden.

Es ergeht einstimmig folgender

4 Beschluss

- 4.1 Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, Folgendes zu beschliessen:
1. Die Revision der Gemeindeordnung zur Neuordnung der Geschäftsprüfung wird genehmigt (gemäss Synopsis vom 22.05.2019 mit Ergänzungen des AGEM in § 42ter Abs. 6).
 2. Der Gemeinderat bestimmt das Inkrafttreten (vorbehalten die Genehmigung durch die Gemeindeversammlung und durch den Kanton).
- 4.2 Der Rechtsdienst wird beauftragt, dem Gemeinderat ein Pflichtenheft für die Geschäftsprüfungskommission zum Beschluss vorzulegen.
- 4.3 Der Rechtsdienst wird beauftragt, die Änderungen dem Kanton zur Genehmigung vorzulegen.
- 4.4 Das Postulat der Fraktion FDP: Rechnungsprüfungskommission – Funktionsüberprüfung (P 351) wird als erledigt abgeschrieben.

Vollzug: RD, KZL

RD
KZL (Genehmigung)

0.1.8 / acs

Interpellation Nicole Hirt (glp): Energiestadt Grenchen - Verdient sie dieses Label?: Einreichung

1 Mit Datum vom 4. Juni 2019 reicht Nicole Hirt (glp) folgende Interpellation ein:

1.1 Interpellationstext:

Im BBZ betreibt der Kanton eine Holzschnitzelfeuerung. Immer wieder hört man, dass das Heizen mit Gas der Holzschnitzelfeuerung vorgezogen wird. Erdgas ist zwar umweltfreundlicher als Erdöl, trotzdem handelt es sich um einen fossilen Brennstoff. Erdgas wird importiert während bei der Schnitzelheizung der nachwachsende und einheimische Rohstoff Holz eingesetzt wird, was bedeutet, dass die regionale Wertschöpfung massiv grösser ist.

In diesem Zusammenhang wird die Stadtverwaltung aufgefordert, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1. Wie ist/war das Verhältnis Gas/Holzschnitzel in den letzten 5 Jahren im Tissot Velodrome und im Freibad Grenchen?*
- 2. Das Tissot Velodrome wäre vertraglich verpflichtet, Energie aus der Schnitzelheizung zu beziehen. Warum bezieht es gemäss Aussage der Baudirektion keine Energie mehr aus der Schnitzelheizung des BBZ? Was unternimmt die Baudirektion dagegen?*
- 3. Gemäss § 12 des kantonalen Energiegesetzes müssen beheizte Freiluftbäder mit erneuerbaren Energien oder mit nicht anderweitig nutzbarer Abwärme betrieben werden. Ist dies beim Freibad Grenchen der Fall?*
- 4. Beim Freibad Grenchen erreicht man angeblich die gewünschten Temperaturen mit der Schnitzelheizung nicht. Was sind hier die Gründe?*
- 5. Ist die Stadtverwaltung der Meinung, dass Grenchen als Energiestadt in Sachen erneuerbare Energien ihre Vorbildfunktion wahrnimmt?*

2 Die schriftliche Beantwortung der Interpellation erfolgt vor der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung.

BD
SWG

8.7 / acs

Mitteilungen und Verschiedenes

- 1 Finanzielle Abgeltung der Tätigkeiten der Stadtpolizeien Grenchen und Solothurn**
- 1.1 Stadtpräsident François Scheidegger verweist auf die Medienmitteilung, die heute verschickt wurde (liegt auch auf den Tischen auf).

- 2 Infoveranstaltung betreffend Umzugspläne SDOL**
- 2.1 Am Dienstag, 20. August 2019, findet eine Infoveranstaltung betreffend Umzugspläne SDOL ins Netzwerk, im Netzwerk Grenchen (Ebosagebäude), um 19.00 Uhr statt (Einladung folgt).